

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsdruckerei: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptverleger: Dr. Kerschb. Dresden, und Prof. G. M. Staudt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Außendorf.

Verlagspreis einschließlich Frangiergeld in der 40. Woche vom 20. September bis 1. Oktober 22.000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 4.500.000 M., Einzelnummer 4.000.000 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25.261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25.261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Kopfsatzzeile 135 M., die 90 mm breite Zeilenzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schlüsselzahl: 50.000. Familienanzeigen: Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 2000.000 M.

Nr. 231

Dresden, Mittwoch den 3. Oktober 1923

34. Jahrg.

# Die große Koalition im Zerfall

Als am 10. August die große Koalition zustande gekommen war, nahmen die Gerölde dieser parlamentarischen Kombination die Bodenmächtigkeit und triumphierten, daß endlich das Selbstverständliche geschehen sei. Gewisse Harmonieapostel der bürgerlichen Presse, die in der Politik nicht die Kunst der Möglichkeiten sehen, sondern Politik für eine Schwarzkunst halten, mit der das Unmögliche zu verwirklichen sei, konnten sich vor Wonne und Selbstgefühl kaum wieder. Endlich sei erreicht, was längst habe kommen müssen, was alle „Bermühlgötter“ angestrebt hätten. Artikel stiegen mit der Ueberschrift „Der Sieg der Vernunft“ und es hieß darin, die Tatsachen hätten sich endlich, endlich durchgesetzt.

Die Tatsachen haben sich nunmehr allerdings durchgesetzt und zwar so gründlich, daß die große Koalition schon in der letzten Woche nur noch Klischee und Sprünge zeigte, die sich dauernd erweiterten. Alle Nachrichten aus Berlin lassen darauf schließen, daß die große Koalition bereits im Sterben liegt. Breite Erklärungen dieser Entwicklung sind für uns nicht mehr notwendig. Wir haben schon nach dem Sturz des Kabinetts Cuno Klargelagt, warum eine Koalition, in der auf der rechten Seite die Vertreter rein kapitalistischer Interessen, auf der linken Seite die Vertreter rein antifaktualistischer Forderungen stünden, keine lange Lebensdauer haben kann. Stresemanns erste Aufgabe war die Verständigung mit Frankreich. Der positive Widerstand wurde aufgehoben. Aber Voicard bemerkte sich weiter so borniert wie bisher, nahm feinerliche Verständigungsvorschläge an und traf Maßnahmen, die die bisherige Unterdrückungspolitik im Ruhrrevier verewigen sollen. Jetzt, da es darauf angekommen wäre, auf dem beschrittenen Wege entschieden weiterzugehen, England zur Stellungnahme zu zwingen, neben der Währungsreform an die uns versprochenen Wirtschaftsreformen heranzugehen, die Frage der Reparationsleistungen aufzurollen, hat ein Stoß von rechts genügt, um sämtliche Ministerfigure ins Wasser zu bringen.

Der Stoß wurde geführt aus den Reihen der völksparteilichen Reaktion, verstärkt durch eine gewisse deutschnationale Setze. Den führenden kapitalistischen Kreisen der Volkspartei scheint es zu genügen, daß die Sozialdemokratie die Verantwortung für den Abbruch des passiven Widerstandes mit übernommen hat. Vor den weiteren Konsequenzen, energische Aufnahme der Erfüllungspolitik durch entsprechende Gegenanregung der zahlungsfähigen Schichten, graut es ihnen. Während wir unter Erhöhung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft die Steigerung der Ergiebigkeit durch planwirtschaftliche Methoden verstehen, starren die völksparteilichen Kapitalisten wie hypnotisiert auf einen Punkt: Hochleistung der Arbeitsleistung durch Vereinfachung des Maschinenbestandes. Während wir unter Sicherung der Republik vor allem die Entlohnung der sachlichen Organisationsveränderungen verstanden, erblicken die völksparteilichen Kapitalisten in dem bewaffneten Säbelkreuzzug ein ihnen durchaus sympathisches Gegengewicht gegen die freihändlerische Arbeitererschaft. So mußte es sehr rasch zu der Regierungskrise kommen, die im Reichstag gegenwärtig den Parteien die Köpfe warm macht. Vom sozialdemokratischen Parlamentsdienst wird die Situation wie folgt charakterisiert:

Mehr Achtung im Volke hätte auch die von einer breiten Mehrheit getragene Regierung des Reichsanstalters Stresemann übertragen können. Seit dem Tage der Regierungsübernahme mußte sich das Kabinett der großen Koalition gegen die schamlosesten Verleumdungen der deutschnationalen Wehrer, die es darauf abgesehen hatten, die Staatsautorität immer mehr zu untergraben. Sein Tag ist vergangen, ohne daß diese Partei nicht den einen oder anderen Jungfrauenverein und ähnliche deutschnationale Institutionen zu Protesten gegen das verfassungsmäßige Kabinett und seine Politik auffordert. Alle Maßnahmen wurden sabotiert, zum Beispiel die Steuerreform ist aufgehoben worden, so daß diesen Patrioten durch eine Notverordnung das Pflichtgefühl gegen das Vaterland mit Nachdruck Kargemacht werden mußte. Schon vor Wochen haben wir darauf verwiesen, daß die üble Stimmungsmache der deutschnationalen eine große Gefahr für die Politik des verfassungsmäßigen Kabinetts bildet und daß diese Gefahr eines Tages um so wirkungsvoller zeigen wird, als wir in außergewöhnlichen Zeiten leben. Zeitweise hat das auch der Reichsanstalt eingesehen, ohne aber daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. „Diktatorische Maßnahmen“ sind angekündigt, aber nicht durchgeführt worden. Heute erntet das Kabinett Stresemann die Früchte seiner Rücksichtnahme gegenüber der Verheerung der deutschnationalen.

Die Krisenphase als Folge des systematischen Heffeldzuges der Reichsdiktatoren ist über Nacht plötzlich zu einer tatsächlichen Regierungskrise geworden. Die Dementis der Koalitionsparteien gegenüber den noch am Sonnabend, Sonntag und Montag sinnlosen Streifenberichten sind überholt, wir stehen mitten in der Krise. Ein Teil der Volkspartei, der bisher fest hinter Stresemann stand, hat am Dienstag die Nerven verloren und ist deshalb mit ein Opfer der deutschnationalen Politik des Landessouveräns geworden, weil 14 ihrer Abgeordneten das Zutrittsrecht zum Reichstag in jeder Beziehung unterkühlt haben. Nicht als die Furcht vor dem Verlust an Wählern hat dies mitgesprochen. Gerade die

Volkspartei, die die große Koalition seit Monaten immer wieder als letztes Rettungsmittel betrachtete und deren Führer, der gegenwärtige Reichsanstalt, sich um ihre Bestandkommen e h r l i ch bemüht hat, hätte wirklich allen Anlaß gehabt, daß von ihr aus der Laufe gehobene Kind nicht schon in aller Kürze, lebendig aus Furcht vor der Rechten, zu verraten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie zu einer Zusammenarbeit mit den deutschnationalen, wie es der Vertreter der Volkspartei, Dr. Schulz, in der am Dienstag abgehaltenen Parteiführerbesprechung in Ermägung zog, nicht im geringsten in Frage kommt. Mit einer Partei, die die Grundlage zu der seit 1918 erlebten Entwicklung geschaffen hat, die sich der politischen Gegner mit Wuchswaffen entledigt und ihre Existenz nur auf Demagogie gründet, mit einer solchen Partei, die nur darauf ausgeht, die Arbeiterschaft zu knechten und wilhelminische Zustände in Deutschland wieder zu schaffen, gibt es keine Gemeinschaft, sondern ihr gilt nur unser Kampf. Auch dem unter dem Druck der Volkspartei gestellten Verlangen des Reichsanstalters nach einem Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Möglichkeit gibt, auf wirtschaftlichem, finanziell und sozialem Gebiet weitgehende Änderungen auf dem Verordnungswege vorzunehmen, kann die Sozialdemokratie nicht zustimmen. Wir sehen die Notwendigkeit finanzieller Ermächtigungen ein, aber in Anbetracht der sich fortgesetzt steigenden Arbeitslosigkeit und der hiermit im Zusammenhang stehenden Folgewirungen können wir der Regierung Ermächtigungen in wirtschaftlicher und sozialer Art nicht geben, weil wir deren Notwendigkeit nicht einsehen, weil wir im Gegenteil der Auffassung sind, daß eventuell Änderungen auch eine Beratung vertragten Dänen und nicht, wie es in finanzieller Hinsicht notwendig ist, Beschlüsse von Stunde zu Stunde zu fassen sind.

Die Sozialdemokratie sieht die Notwendigkeit einer Regierung, die mit harter Faust durchgreift, durchaus ein und sie ist deshalb bereit, der Regierung mit ihrer Hilfe und Unterstützung die notwendige Kraft zu verleihen. Aber defensiven Forderungen unter Zustimmung zu geben, die sich später gegen die Arbeiterschaft auswirken können, müssen wir ablehnen. Ebenso lehnen wir es ab, personelle Veränderungen in dem Kabinett der großen Koalition durch den Rücktritt einer unserer Minister vorzunehmen zu lassen. Die Wähler, die unsere Reichstagsfraktion in das Kabinett Stresemann delegiert hat, besitzen auch heute noch das Vertrauen der übergroßen Fraktionsmehrheit, und es wäre charakterlos an ihnen gehandelt, wollte man sie jetzt auf Wunsch irgendeiner Wirtschaftsguppe zum Tausch sagen. Wie hier, so fügen wir uns auch nicht dem Ansinnen, auf die Zustimmung zu dem Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes zu verzichten. Das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich muß endlich einmal geklärt werden, nachdem die jeweiligen Wächter in Ordnungshaft eine Klärung auf diplomatischem Wege nicht wünschen, sondern statt

dessen eine Provokation gegen das Reich der andern folgen lassen. Jetzt haben die bürgerlichen Parteien das Wort!

Die Ernennung des Reichstags, die für Dienstag 5 Uhr angesetzt war, wurde infolge der parlamentarischen Lage zunächst auf abends 8 Uhr verschoben. Da bis dahin eine Klärung nicht erfolgt ist, ist die Sitzung auf vorläufig unbestimmte Zeit vertagt worden.

## Gleiches Recht für alle

Vom Wehrkreiskommando IV geht uns zu der am Montag veröffentlichten Erklärung unter Parteinführung und des Ombudschafts des A. D. S. V. folgende Verzichtung zu:

An die Schriftleitung der Dresdner Volkszeitung, hier.

Die in dem Artikel „Gleiches Recht für Sachsen“ Ihres Blattes Nr. 229 vom 1. Oktober aufgestellten Behauptungen über die Abfassung der sächsischen Ausnahmeverordnung und über die Genehmigung einer großen nationalistischen Kundgebung in Freiberg für den 30. September entsprechen nicht den Tatsachen.

Auf Grund von § 11 des Pressegesetzes ersuche ich folgende Verichtigung wenn möglich noch in der heutigen Ausgabe an gleicher Stelle und in gleicher Druckgröße zu bringen:

Falsch ist in dem Artikel „Gleiches Recht für Sachsen“ der Dresdner Volkszeitung vom 1. Oktober 1923 die Behauptung:

die sächsische Verordnung kauft die Zivilbehörden völlig aus,

richtig ist: die Verordnung besagt:

Regierung und Behörden bleiben in Wirksamkeit.

Falsch ist die Behauptung:

In Freiberg wurde den nationalistischen Verbänden für Sonntag, 30. September, eine große nationalistische Kundgebung von den Militärbehörden gestattet,

richtig ist: In Freiberg wurden Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel gelegentlich der Gedenkfeste des ehemaligen J. R. 182 und Jäger 12 vom Militärbefehlshaber im Wehrkreis IV verboten.

Der Befehlshaber, Müller, Generalleutnant.

Es ist allerdings richtig, daß den nationalistischen Verbänden in Freiberg eine Kundgebung unter freiem Himmel untersagt wurde. Eine Feier in einem Saal ist ihnen aber nicht untersagt worden, trotzdem die Militärbehörden darauf aufmerksam gemacht wurden, daß Regimentsfeiern in Saalen verboten sind, und hat auch stattgefunden, während den kommunalen Versammlungen, die in Sälen stattfinden sollten, verboten wurden.

## Ministerpräsident Diktator

### Rahr ergriß die bayerische Regierungsgewalt?

München, 2. Oktober. Soeben wird bekannt, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling zurückgetreten ist. Der bayerische Landtag hat daraufhin den Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt.

Andre Meldungen behaupten, diese Angabe seien verfrächt, die Verhandlungen zwecks Übernahme der Ministerpräsidentschaft durch Herrn v. Kahr schwebten noch.

Die Münchner Meldungen scheinen noch auf keinen Tatsachen zu beruhen, denn man hätte von einem Zusammentritt des Landtages nichts vernommen. Aber man muß auf über-raschende Schachzüge gefaßt sein. Herr Kahr ist nicht nur entschlossen, sondern auch listig und verhängen. Sein Ziel, die bayerische Regierungsgewalt nicht der Reichsregierung zu unterstellen, wird er mit allen Mitteln durchzuführen versuchen. Wenn er sich jetzt von den Regierungsparteien des Landtags zum Ministerpräsidenten ernennen ließe, so wäre wohl formell sein Auftrag als „Staatskommissar“ erledigt, da er von der Regierung Knilling erteilt wurde. Aber zugleich würde natürlich Herr Kahr sein Kabinett veranlassen, ihm als Ministerpräsidenten die gleichen bisherigen Machtvollkommenheiten zu übertragen, so daß der Regierungschef zugleich unbeschränkter Diktator wäre. Falls die Münchner Meldungen also zutreffen sollten, so wäre der Sturz dieser Regierungsschiebung von vornherein offenkundig. Herr Kahr vereinigt dann in sich die ganze Regierungsgewalt und Exekutivgewalt Bayerns und wäre unbeschränkter als ein autokratischer Monarch von ehehmal. Die Reichsregierung hätte dann mit einer neuen Lage zu rechnen, die den Konflikt bis zum Bruch verschärft. Bayern stünde dem Reich dann als Sondermacht gegenüber, die dem deutschen Volke ihre Bedingungen diktierte.

Selbst wenn sich die Münchner Nachrichten als falsch oder verfrächt erwiesen, lassen sie doch erkennen, in welcher Richtung die bayrischen Diktatoren dem Reich zu trohen gedanken. Man hat auf alle Fälle mit der Konzentrierung der gesamten bayrischen reaktionären Macht auf eine Person zu rechnen, die entweder selbst zum Diktator zum legalen „Herrscher“ aufsteigen will oder den Platz des Mittelbabaren sichern und

anwärmen wird. Ob das eine oder das andre erfolgt, soll die Entwicklung entscheiden.

Für das deutsche Reich als Republik hat jetzt die Stunde geschlagen! Ein Ausweichen ist nicht mehr möglich.

### Rahr trotzt der Reichsregierung!

München, 2. Oktober. (Fig. Draht.) Das politische Interesse konzentriert sich in München vollkommen auf die Haltung des Reiches und seiner Regierung gegenüber dem bayerischen Ausnahmezustand. Der Befehl des Reichswehrministers an General Knilling betr. Durchführung des Verbots des bayerischen Beobachters ist in die Hände des Generalisten gelangt und von diesem an das Generalkommissariat weitergegeben worden. Bis zur Stunde ist in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen. Doch erfährt der bayerische Beobachter auf seine Grundung bei Herrn v. Kahr, daß dieser nicht daran denke, eine solche befehlsmäßige Handlung, wie die Unterdrückung des bayerischen Beobachters, auszuführen. Die Mittwoch-Prüfung des Reiches ist bereits erschienen.

Das Generalkommissariat hat auch den sogenannten „Deutschen Tag“ in Bamberg mit der Voraussage genehmigt, daß er auf zwei bis drei Tage beschränkt wird. Die Veranstaltung war für die Dauer der ganzen nächsten Woche geplant. Die Genehmigung wurde erteilt, trotzdem der Bürgermeister von Bamberg, Richter, eine in der bayerischen Volkspartei bekannte Persönlichkeit, sich angeblich für ein Verbot ausgesprochen haben soll.

### Nur der Gewalt gewichen!

München, 1. Oktober. (Fig. Draht.) Die Verbände der Sozialdemokratie Süd-Bayerns haben unter dem heutigen Datum folgende Kundgebung an die Selbstschutz-Ortsgruppen beschlossen:

„Die S.-D. ist hiermit für München und Süd-Bayern aufgelegt und hat mit dem heutigen Tage zu bestehen aufgehört. Allen Rührern und Kampfgruppen, die sich mit Lärm und Treue für die Sache der Partei, der gekonnten Arbeiterbewegung, des ganzen Volkes eingesetzt haben, sei hiermit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die Partei wird die für sie geschaffenen Vorteile verweigern. Wir fügen uns dem Diktat, ohne vor dem Standpunkt, der uns beunruhigt hat, in einer für das Volk sehr schweren Zeit die S. D. zu gründen, aus nur einem Punkt heraus.“

Vertical text on the left margin, including small ads and publication details.

Vertical text on the right margin, including small ads and publication details.